

Kultusministerium kürzt Förderstunden an den Grundschulen

Die GEW kritisiert die in der Zuweisung zum nächsten Schuljahr erfolgte Kürzung der Förderstunden an den Grundschulen im Umfang von 140 Stellen. Das Kultusministerium staffelt die Zuweisung des Zuschlags zum Grundunterricht ab dem kommenden Schuljahr nach Klassengröße und kürzt dabei bis zu einer Stunde pro Klasse. Davon betroffen sind die Kinder, deren Lernbedingungen sich verschlechtern und die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler nicht in dem Maße unterstützen können, wie sie es für notwendig halten. Kleine zweizügige Grundschulen bekommen bis zu acht Stunden weniger für die Förderung.

Die Kürzungen sind ein Angriff auf die Entwicklung einer inklusiven Schulstruktur, um die sich viele Grundschulen unter schwierigen Bedingungen bemühen. Gerade die Förderstunden helfen dabei, schnell und flexibel auf den Unterstützungsbedarf einzelner Kinder eingehen zu können und so langanhaltenden Lernschwierigkeiten vorzubeugen. Dies gilt für Deutschfördermaßnahmen ebenso wie für die Förderung des Lernens allgemein. Bei vielerorts unzureichender sonderpädagogischer Zuweisung für Vorbeugende Maßnahmen und dem Wegfall der Stunden für inklusive Beschulung in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung in den ersten beiden Jahrgängen sind die Förderstunden oftmals die einzige Möglichkeit der Schule, zusätzlich benötigte Unterstützung zu leisten. Keine Grundschule ist in der Situation auf diese Stunden verzichten zu können.

Das Kultusministerium kürzt in dem Bereich, in dem es gleichzeitig zusätzliche personelle Ressourcen für erforderlich hält. Einige der gekürzten Stunden sollen wieder als Sozialindex oder für Deutschfördermaßnahmen zurückfließen, um dann als „zusätzliche Ausstattung mit personellen Ressourcen“, wie es in den Erläuterungen zum Zuweisungserlass heißt, gefeiert zu werden. Den Schulen fehlt dafür jedes Verständnis.

Allen Schulen gemeinsam ist, dass sie eine verlässliche Lehrerversorgung brauchen und sich nicht gegen einander ausspielen lassen möchten.

Die GEW fordert besonders die von den Kürzungen betroffenen Schulen auf, ihren Unmut in Form von Resolutionen an das Kultusministerium zu richten.